

Energie-Control Austria
Mag. Norbert Fürst
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per eMail: tarife@e-control.at

Wien, am 17. November 2017

Betrifft: Stellungnahme zur Verordnung der Regulierungskommission E-Control, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte – Verordnung 2018 - SNE-V 2018)

Sehr geehrter Herr Mag. Fürst!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Industriellenvereinigung (IV) dankt der Energie-Control Austria für die Übermittlung des oben zitierten Entwurfes zur Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit dem vorliegenden Entwurf zur Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 stellt die E-Control eine signifikante Erhöhung der Netzentgelte der Netzebenen 3 bis 5 in Aussicht. Die überdurchschnittliche Anhebung der Netzentgelte auf diesen Netzebenen – bis zu rund 25% - verursacht insbesondere für die energieintensive Industrie massive Mehrkosten, gerade in den überdurchschnittlich betroffenen Bundesländern Oberösterreich (24,72%), Kärnten (24,6%). Steiermark (23,13%) und Wien (22,2%). Es kommt zu einer gravierenden jährlichen Mehrbelastung zahlreicher Mitgliedsunternehmen der IV, zum Teil in Millionenhöhe.

Ohne angemessene Ausgleichsmaßnahmen stellt dies eine unzumutbare Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie dar. Die Kosten der forcierten Förderung volatiler erneuerbarer Energien ohne einen ebenso forcierten Ausbau der Netzinfrastuktur können nicht einfach auf die Industrie abgewälzt werden. Der gegenständliche Entwurf wird daher von der Industriellenvereinigung in dieser Form zurückgewiesen.

Begründet wird die Erhöhung recht allgemein durch die für 2018 zu erwartenden Mehrkosten des Regelzonenführers APG für Engpassmanagement. Insbesondere würden zusätzliche Kosten für die Bereitschaft thermischer Erzeugungsanlagen anfallen. Letztere könnten derzeit aufgrund der vorherrschenden Marktpreise nicht wirtschaftlich betrieben werden und wären daher von einer potentiellen Schließung bedroht.

Aus Gründen der Netzsicherheit werden jedoch Erzeugungsreserven für Engpassmanagementmaßnahmen benötigt. Diese Maßnahmen der APG sind auf die Förderung volatiler erneuerbarer Energien zurückzuführen, die jedoch an den verursachten Mehrkosten nicht beteiligt werden.

Da diese Kosten nur im Bereich des Übertragungsnetzes anfallen, sind aufgrund des gegenwärtigen Systems der Kostenwälzung die höheren Netzebenen prozentuell stärker betroffen. So steigt etwa das Netzentgelt der Netzebene 3 in Wien um rund 22,2%, während jenes der Netzebene 7 um rund 4,3% steigt.

Position der Industriellenvereinigung

Transparenz betreffend Kosten und Mittelverwendung – Netzausbau forcieren

- Obgleich der vorliegende Entwurf eine massive Erhöhung der Netzentgelte darstellt, ist die Begründung sehr vage gehalten und liefert somit weder in der Sache noch in der Höhe klare Nachvollziehbarkeit für die Betroffenen. Es bedarf daher einer detaillierten Identifizierung und Analyse der Gründe und einer Darstellung in welcher Höhe die Kosten für das Engpassmanagement tatsächlich angesetzt werden. Die exakt benötigte Kapazität sollte ermittelt und Transparenz hergestellt werden.
- Transparenz braucht es zudem hinsichtlich der für 2018 geplanten zusätzlichen Maßnahmen, die einen Mehraufwand gegenüber 2017 in dieser Größenordnung rechtfertigen – etwa Netzausbau bzw. Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der Strompreiszonentrennung zwischen Österreich und Deutschland. Es stellt sich die Frage, ob letztere für 2019 eine weitere Erhöhung der Netzentgelte nach sich ziehen wird.
- Der konsequente Ausbau der Netzinfrastruktur ist jedenfalls zu forcieren. Die erhöhten Kosten zur Netzstabilisierung resultieren aus der intensiven Förderung volatiler erneuerbarer Energien ohne den entsprechenden Ausbau der Netzinfrastruktur. Die Kosten hierfür sollten verursachergerecht aufgeteilt werden. Genehmigungsverfahren müssen zudem effizienter gestaltet und beschleunigt werden, um den dringend notwendigen Netzausbau zu ermöglichen.

Ausgleichsmaßnahmen und Anreizsysteme implementieren

- Der vorliegende Entwurf verschärft die Wettbewerbsnachteile der heimischen energieintensiven Industrie im europäischen und internationalen Vergleich. Anders als in Österreich existieren etwa in Deutschland Möglichkeiten für Industriebetriebe zur Refundierung von Netzentgelten bei netzdienlichem Verhalten, ebenso wie eine Kompensation indirekter CO₂-Kosten im ETS oder eine Ausnahme der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen.
- Eine entsprechende Möglichkeit der Refundierung bzw. Netzkostensenkung als Anreiz für Nutzer mit netzdienlichem Verhalten ist zu implementieren.
- Ebenso sollte als Motivation zur Anpassung der Produktion an die Nachfrage die Senkung der Netznutzungsentgelte für Erbringer von Regelreserve normiert werden.
- Darüber hinaus sollte die Partizipation von Industrieunternehmen mit ihren Kraftwerkleistungen – etwa mittels Netzstabilisierungspools - am Redispatch-

Markt durch marktkonforme Ausschreibung ermöglicht werden, um so preisdämpfende Effekte zu erzielen.

Überproportionale Belastung der Netzebenen 3 bis 5

- Die Wälzung der Engpassmanagementkosten mit einem absoluten Betrag pro kWh über alle Netzebenen sollte überdacht werden, da dieses System zu einer überproportionalen Belastung der Netzebenen 3 bis 5 führt.

Netznutzungsentgelt für Regelreserve zu begrüßen

- Positiv gesehen wird das Netznutzungsentgelt für Regelreserve im Sinne des § 5 Abs. 1 Z 9, weil ein funktionierender Regelenenergiemarkt Kosten senkt und die Versorgungssicherheit erhöht.

Die Industriellenvereinigung dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersucht um Berücksichtigung der genannten Anliegen.

Mit besten Grüßen

DI Dieter Drexel eh
Stv. Bereichsleiter

Mag. Judith Schreiber E.M.B.L.-HSG eh